

FDP zur Presseerklärung des Polizeipräsidenten:

1. Wenn der Polizeipräsident Defizite bei der Stadtverwaltung in Sachen Bekämpfung der Prostitution sieht, muss dem nachgegangen werden!

2. Die Einführung einer Prostitutionssteuer sollte geprüft werden!

"Polizeipräsident Rainer Furth hat nicht nur die Politik kritisiert, weil diese die Polizei in Sachen Prostitution auf der Neuen Ritterstraße und den angrenzenden Wohnvierteln des Südbezirks kritisiert hat. Er hat vielmehr auch Hinweise gegeben, dass es in Sachen Prostitutionsbekämpfung Defizite in der Krefelder Stadtverwaltung gibt. Zu diesen Vorhaltungen muss die Stadtverwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Verkehr am 08. Mai Stellung nehmen," fordert FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Polizeipräsident Rainer Furth hatte in einem Pressegespräch am Dienstag erklärt, dass hygienische, steuerliche, ausländer- und bauordnungsrechtliche Vorschriften bei Prostituierten "so gut wie nie" von der Stadtverwaltung geprüft würden. Seit mehr als einem Jahr gebe es Gespräche darüber mit den maßgeblichen Stellen im Rathaus. Dabei habe er - der Polizeipräsident- den Satz gehört: "Das will in Krefeld keiner wissen." Dies sind gewichtige Vorwürfe gegen den Fachbereich Ordnung, zu denen der zuständige Dezernent, Ulrich Cyprian, Stellung nehmen muss," erklärt Heitmann.

Den Hinweis des Polizeipräsidenten, dass für ihn die Einführung einer besonderen Steuer ein Weg sei, will der FDP-Fraktionsvorsitzende nicht "im Raum stehen lassen". "Wenn dies ein probates Mittel wäre, wozu wir gerne Erfahrungsberichte aus anderen Städten, die diese Steuer eingeführt haben, hätten, sollte hierüber im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 gesprochen werden." In diesem Zusammenhang weist der FDP-Fraktionsvorsitzende auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen (06.02.14, AZ 2K 98/13) hin, wonach " die Steuer zumutbar sei und auf die Freier umgelegt werden könne".